

VDB-Physiotherapieverband

Berufs- und Wirtschaftsverband der Selbständigen in der Physiotherapie

Interview mit Dr. Roy Kühne, MdB, CDU

"EINE KAMMER KANN MEINER MEINUNG NACH DIE PROBLEME DER SCHLECHTEN VERGÜTUNG NICHT LÖSEN, DENN ES IST NICHT DIE AUFGABE EINER KAMMER VERTRAGSVERHANDLUNGEN MIT DEN KRANKENKASSEN ZU FÜHREN", sagt Diplom-Sporttherapeut und Physiotherapeut Dr. Roy Kühne, Mitglied des Deutschen Bundestages in der Fraktion der CDU/CSU.

Am 24. September ist Bundestagswahl. Der VDB-Physiotherapieverband bittet Bundespolitiker um Antworten auf Fragen zur Zukunft der Physiotherapie.

VDB:

In ihrer Funktion als Berichterstatter für Heilmittelerbringer der CDU/CSU Fraktion im Gesundheitsausschuss informieren sie Fraktionskollegen über die Belange der Physiotherapeuten. Mit dem HHVG ist der erste Schritt zur Verbesserung der Situation im Heilmittelbereich getan. Ob sich nach drei Jahren Aussetzen der Grundlohnsummenbindung tatsächlich eine merkbare Verbesserung der Vergütungssituation einstellt, bleibt abzuwarten. Derzeit fordern einzelne Stimmen die Einrichtung einer Therapeutenkammer. Eine Kammer wird die Probleme der Physiotherapeuten, schlechte Vergütung und Fachkräftemangel, nicht lösen. Im Gegenteil, könnte die Errichtung einer Kammer die Kollegen mit Zwangsbeiträgen finanziell belasten. Wie stehen sie dazu?

Dr. Roy Kühne:

Eine Kammer kann meiner Meinung nach die Probleme der schlechten Vergütung nicht lösen, denn es ist nicht die Aufgabe einer Kammer Vertragsverhandlungen mit den Krankenkassen zu führen. Diese Aufgabe liegt bei den Berufsverbänden. Wichtig für politische Forderungen und Vertragsverhandlungen ist eine starke einheitliche Stimme und Interessenbündelung. Je mehr man die Fachexpertise der unterschiedlichen Berufsverbände bündelt, desto leichter können gemeinsam erarbeitete Strategien bei der Umsetzung zum Erfolg führen.

VDB:



... Partner der Selbständigen

www.vdb-physiotherapieverband.de

Die Stiftung Münch hat jüngst Reformvorschläge für den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), dem obersten Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, veröffentlicht. Die Stiftung schlägt anstatt drei, neun unparteiische Mitglieder vor. Geht es nach den Plänen der Stiftung, soll der Gesundheitsausschuss des Bundestages drei davon benennen. Ist an dieser Stelle grundsätzlich ein Vertreter der Heilmittelerbringer vorstellbar? Welche Möglichkeiten eröffnen sich den Physiotherapeuten mit einem größeren Mitbestimmungsrecht? Derzeit sind die Verbände lediglich mit einem Anhörungsrecht im Gremium vertreten.

Dr. Roy Kühne:

Die Reformvorschläge der Stiftung Münch sind sehr interessant. Es wäre sehr begrüßenswert, wenn ein Vertreter der Heilmittelerbringer mit im Beschlussgremium des G-BA sitzen würde. Gerade Beschlüsse und Entscheidungen zum Heilmittelkatalog und darüber hinaus würden die spezifische Fachexpertise nicht nur auf Anfrage mitberücksichtigen. Zudem bestehe dann auch ein Antragsrecht, also mit eigenen Vorschlägen tatsächlich mitzubestimmen.

VDB:

In der Bundespolitik scheint Einigkeit über die Notwendigkeit einer Ausbildungsreform zu bestehen. Wie weit sind die Pläne insbesondere in Hinsicht der Schulgeldfreiheit gediehen? Könnten die Bremer Lösungsvorschläge - das Land und die Krankenkassen übernehmen die Finanzierung - Vorläufer für andere Bundesländer sein?

Dr. Roy Kühne:

Der konkreten Ausgestaltung der Finanzierung kann ich hier noch nicht vorgreifen. Die Bremer Lösungsvorschläge können hierbei eine Option darstellen. Es wird darüber jedoch im Detail noch zu diskutieren sein.

VDB:

Die dreijährige Ausbildung befähigt noch nicht zum vollumfänglichen Einsatz in einer freien Praxis. Der Therapeut ist gezwungen zeit- und kostenintensive Weiterbildungen zu absolvieren, um die Voraussetzungen für die Kassenabrechnung der sogenannten Zertifikatspositionen zu erfüllen. Die Ausbildung und staatliche Prüfung verliert dadurch an Wert. Wir fordern eine Ausbildungsreform und eine Integration der Zertifikate in die Ausbildung. Wie stehen Sie zu diesem Problem?

Dr. Roy Kühne:

Das Finanzierungsproblem der Ausbildung sowie der für den Berufseinstieg teilweise notwendigen Fortbildungen angesichts der relativ geringen Vergütungsaussichten senken die Berufsattraktivität. Insbesondere im Vergleich zu der steuerfinanzierten Mediziner Ausbildung und deren relativ angemessenen Vergütungsaussichten, stellen sich Fragen der Angemessenheit. Die CDU/CSU-Fraktion möchte deshalb in der nächsten Legislaturperiode das Schulgeld für die Ausbildung abschaffen. Im Falle der Wiederwahl werde ich mich auch künftig für die Integration von einigen Zertifikatsfortbildungen wie die der Manuellen Lymphdrainage in die Ausbildung einsetzen.



... Partner der Selbständigen

www.vdb-physiotherapieverband.de